

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

32 (1.2.1919) Erstes und Zweites Blatt



Bestpreis  
in Karlsruhe frei ins  
Haus geliefert vier-  
wöchentlich 4.05 M., mo-  
natlich 1.35 M., an-  
den Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 1.20 M.  
Auswärts durch  
die Post frei ins  
Haus gebracht vier-  
wöchentlich 4.17 M., Ein-  
zelnummer 10 Pf.  
Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Mittlerstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Museen:  
Die adaloldi Kofonel-  
le über deren Raum  
25 Pf., Kleina. 1 Pf.  
an erst. Stelle 1.20 M.  
Auf diese Preise  
80% Feuerungssteuer  
abzuziehen. Karlsruher  
Anzeiger-Annahme  
bis 12 Uhr mittags,  
kleinere Anzeigen von  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Verordnungsblätter:  
Geschäftsstelle Nr. 208.  
Verlag Nr. 297.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost

Chefredakteur: Gustav Neppert; verantwortlich für Politik: Martin Golsinger; für Baden, Lokales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Deutschland: Carl Seiffener; für Inserate: Paul Kubmann. Druck und Verlag: C. F. Wüllersloh's Buchhandlung in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Friedenstraße 65/66. Tel.-Amt: Wüland 2992. Für unerlangte Manuskripte oder Druckbogen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abänderung erfolgt, wenn Vorbehalten ist.

116. Jahrg. Nr. 32. Samstag, den 1. Februar 1919. Erstes Blatt.

## Verfassung oder A- und S-Räte?

Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:  
Die Regierung hat verschiedene Verordnungen erlassen, die den dringenden Wirtschaftsknoten abheben und auch den Arbeitern einen guten sozialistischen Willen beweisen sollen. Die Bestimmungen über die Schaffung von neuem Siedlungsland, zum Teil durch Enteignung und Zerlegung des Großgrundbesitzes, müssen unter allen Umständen als einschneidender Akt der Gesetzgebung angesehen werden. Selbstverständlich ist und auch in der Absicht der Regierung liegt es, daß diese neue innere Kolonisation nicht in überstürzter Weise versucht wird, wie es die Sozialisierungsfanatiker wohl möchten. Es ist aber zu befürchten, daß es nicht leicht sein wird, den Landwirten gewisser Schichten der ländlichen Bevölkerung zu befriedigen.

Diese Gefahr wird noch vergrößert werden, wenn infolge neuer anderer Verordnungen zahlreiche Arbeitslose aus den Großstädten auf das Land hinaus kommen und dort sozusagen sich an einen gedeckten Tisch setzen zu können glauben. Immer deutlicher und schwieriger stellen sich die ungeheuren Aufgaben der Regierung dar, wie sie eine Sozialisierung anbahnen und gleichzeitig die verschiedenen revolutionären Forderungen der Massen möglichst erfüllen will.  
Noch ist die Nationalversammlung nicht zusammengetreten, aber schon ist der unvermeidliche Konflikt zwischen ihr und den A- und S-Räten, den eigentlichen Trägern der radikalen Fortentwicklung der Revolution bis zur Diktatur des Proletariats, ausgebrochen. Die Großberliner A- und S-Räte haben jedoch die Einberufung eines Reichstages förmlich deutscher Räte verfügt und diesen Kongress unverhüllt als Gegenparlament bezeichnet, der den Zweck hat, die politische Macht dieser aus Rußland entliehenen Institutionen, für die in keiner deutschen Verfassung mehr Raum sein kann, zu sichern.

Nun ist zum Glück der Zentralrat der A- und S-Räte ja keineswegs extrem, und einer der Hauptführer der Berliner A- und S-Räte, Cohen-Reuß, hat wieder zur Vernunft und positiver und rettender Arbeit gemahnt. Aber die Gefahr der A- und S-Räte liegt eben in deren Vielköpfigkeit, dem ungezügeltsten Ehrgeiz, dem unersättlichen Draufgängerstolz und der Verwirrung vieler lokaler Machthaber, wovon seit drei Monaten jeder Tag graufige Kunde gegeben hat.

Im Augenblick haben es die Soldatenräte insbesondere auf die neue Verfügung des Kriegsministers über die Stellung der Offiziere und die Handhabung der Disziplin abgesehen. Die Proteste bageln von allen Seiten, obwohl jene Verfügung doch nur das Allernotwendigste darstellt, um den Zusammenhalt und die Schlagkraft der Truppen einigermaßen zu gewährleisten. Deshalb wird kein Kriegsminister und keine verantwortliche Regierung von diesem Minimum abgehen, und die Frage, ob reiner Verfassungssinn oder gewalttätige Nebenregierung durch die A- und S-Räte, wird in der nächsten Zeit unzweifelhaft entschieden werden müssen.

## Machenschaften der A- und S-Räte gegen die Aufrufe zur Bildung eines Freiwilligen-Heeres in Ostpreußen.

Es mußte in der Öffentlichkeit Verwundern hervorrufen, daß jedoch, wenn eine Nachricht über die der Provinz Ostpreußen von den russischen Sowjetarmeen drohende Gefahr kam, eine andere Meldung diese Gefahren herabzusetzen suchte. Es wurde behauptet, die Zahl der Sowjettruppen werde überschätzt, in Klaa, wo Tausende von Weibern der Sowjetregierung erschossen worden sind, herrsche Ordnung, die bolschewistischen Armeen gingen nur gegen gegenrevolutionäre Elemente vor usw.  
Es ist sehr leicht zu verstehen, weshalb alle diese beruhigenden Meldungen ihre Entbehrenungen dem Volkswort in Königsberg und einigen ostpreussischen A- und S-Räten, von denen insbesondere der in Sensburg in wüsten Gegenden alle anderen A- und S-Räte in Deutschland übertrifft zu wollen scheint. Diese ostpreussischen A- und S-Räte bekämpfen mit allen Mitteln die Aufrufe zur Bildung eines Freiwilligen-Heeres in Ostpreußen und die Organisierung eines Grenzschutzes, unbedacht der von Tag zu Tag wachsenden Gefahr, die der Provinz durch einen russischen Einfall droht. Tatsächlich haben zurzeit der deutschen Armee noch in Ostpreußen mindestens 30 000 Mann Sowjettruppen gegenüber, der deutschen 8. Armee mehrere Divisionen. Beide deutsche Armeen bestehen aber nur aus kleinen Trümmern ihres früheren Bestandes. Die sogenannte eiserne Division setzt sich aus insgesamt 50 Mann (1) zusammen. Unter diesen Umständen ist an einen ernstlichen Widerstand der jenseits des Rheins Normationen gegenüber dem russischen Vormarsch nicht zu denken.  
Die Reichsregierung setzt trotz der Widerstände der A- und S-Räte, denen sie leider bis jetzt eine wirkliche Macht offenbar nicht entgegenzusetzen vermocht hat, die Bildung einer Grenzwehr fort.

## Der Schutz des deutschen Ostens.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Berlin, 31. Jan. Die militärischen Auf-  
gaben im Osten werden, wie wir hören, schon  
in nächster Zeit von der Obersten Seereslei-  
tuna übernommen werden.

## Gefährliche Situation in Bremen.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Bremen, 31. Jan. In der letzten Nacht waren vier Mitglieder des Bremer Rates der Volksbeauftragten in Verden eingetroffen und eruchten den Divisionsstab der aus Berlin gekommenen Re-  
gierungsstruppen um Einstellung des  
Vormarsches bis zur Erledigung der Verhandlungen in Berlin. Der Divisionsstab bestand aus lo-  
caler Entsendung der Arbeiter und erklärte,  
daß er in keine Verlesung einwilligen könne.  
Von dem Bremer Volksbeauftragten wurde erwidert,  
daß diese Maßnahme nicht mehr durchgeführt werden  
könne, offenbar aber deshalb, weil die Volks-  
beauftragten es nicht wagen, den Arbeitern dieses  
Verlangens vorzutragen. Daraufhin wurden  
die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Bis  
heute mittags hatte es den Anschein, als ob die Bremer  
Arbeiter es bis zum Außersten kommen  
lassen werden. Die Lage in Bremen steht auf des  
Messers Schneide. Nach dem Bekanntwerden des  
Vormarsches der Regierungstruppen erfolgte die  
Bewaffnung der gesamten Arbeiter-  
schaft. Alle Kraftfahrzeuge wurden requiriert  
und mit Maschinenwaffen bewaffnet nach den  
Vorstädten abgedacht. Auch die Straßenbahn wurde  
für dezente Transporte benutzt.

## Ruhe in Wilhelmshafen.

(Eigener Drahtbericht.)  
Wilhelmshafen, 31. Jan. Der Präsident des  
Freiwilligen Ostpreußen-Komitees, und der Chef des  
Sicherheitsdienstes, Derrn, sind auf vier Wochen  
beurlaubt. In der Bevölkerung wird angenommen,  
daß dies eine Folge der letzten Unruhen ist und daß  
auf ihren Werten nicht wieder zurückgekehrt werden.  
Wilhelmshafen ist ruhig und die Entwerfung  
der Arbeiter ist nahezu durchgeführt. Der  
offenen verhältnis Verhältnisse sind wieder auf-  
gehoben.  
Bei dem Anschlag der Kommunisten gegen die  
Reichsbank wurden im ganzen 74 Millionen Mark,  
darunter 2 Millionen Mark in Geld, geraubt.  
Das Geld ist bis auf 400 000 M zurückgekauft wor-  
den. Bei dem Handreich der Kommunisten waren  
insgesamt 50 Personen beteiligt.

## Die Notverfassung.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Berlin, 31. Jan.  
Ueber den Inhalt der Notverfassung, die seit  
einigen Tagen das Kabinett beschäftigt, erfahren  
wir folgendes: Der wichtigste Unterschied  
zwischen dem Notgesetz und dem Entwurf  
des Staatssekretärs Preuß besteht darin, daß  
das Staatshaus, welches das Notgesetz  
ebenfalls enthält, wie der Entwurf von Preuß,  
jetzt, offenbar auf die Einwürfe der Süddeut-  
schen hin, nicht aus einer allgemeinen Volks-  
wahl hervorgeht, sondern von den einzelstaat-  
lichen Regierungen ernannt werden soll; unge-  
fährlich in dem Stimmverhältnis des bisherigen  
Bundesrates, dem die ganze Konstitution auch  
sonst ähnlich würde. Die Souveränität der Na-  
tionalversammlung würde allerdings auch in  
diesem Falle nicht berührt werden. Der eigent-  
liche Verfassungsentwurf würde nun zunächst  
allerdings dem Staatshaus zugehen. Die  
Nationalversammlung würde aber vollständig  
frei entscheiden können, ob sie die Notverfassung,  
oder den Entwurf des Staatssekretärs, oder  
aber ein eigenes Verfassungsgezet beschließen  
will. Und das provisorische Staatshaus würde  
sich sofort auflösen, oder sich eine Um-  
wandlung gefallen lassen müssen, wenn die Na-  
tionalversammlung ein von der Notverfassung  
abweichendes Gesetz beschließen sollte.

## Die Reichsfinanzkonferenz in Weimar.

(Eigener Drahtbericht.)  
fr. München, 31. Jan. Der bayerische Finanz-  
minister Dr. Kasse hatte über die Konferenz der  
Finanzminister in Weimar folgendes:  
Bei der Verteilung der Reichsfinan-  
zen in Gegenwart und Zukunft ist davon auszu-  
gehen, ob und welche Kriegsschuldigkeiten in bar  
von Deutschland bestrahlt wird. Darüber darf nie-  
mand im Zweifel sein, daß das Deutsche Reich eine  
Kriegsschuld nicht zahlen kann. Wird sie  
auferlegt, dann steht Deutschland vor der Kata-  
strophe. Doch auch ohne eine solche Ausprägung  
ist infolge der Arbeitslosigkeit, der Erwerbslosen-  
unterstützungen u. Lohnrückstellungen bei stetig zurück-  
gehenden öffentlichen Einnahmen nur mit Anspan-  
nung aller Wirtschaftskräfte, Arbeits- und Geldkräfte ein  
Sinubereitungen aus der Demobilisations- und Lebens-  
fähigkeit in den Kriegszustand ohne katastrophale  
Erschütterungen möglich. Das Reich muß es sich  
zur Aufgabe machen, neue Einnahmequellen zu er-  
schließen. Auszugehen hat es bei dieser Frage da-  
von, in welcher Verfassungslage sich die Bundes-  
staaten befinden. Daß sich auch diesmal wieder als  
ersten Schritt in der Not das Reichsamt an die  
direkten Steuern und da vor allem an die Ein-  
kommensteuer klammern möchte, entspricht alten  
Erfahrungen.  
Dieser Versuch beantragte entschiedenem Wider-  
stand. Der Reichsamtsekretär wählte einen Um-  
weg, der theoretisch und praktisch die Opposition  
der Bundesstaaten von Haus aus einschränken  
nicht ungeeignet war. Der neue Plan des Reichs-  
amtsekretärs, der die Hauptrolle spielte, war, diese  
Vollstreckung von einer gewissen Höhe ab dem Reichs-  
amt kommen zu lassen. Württemberg und Ba-  
den verhielten sich diesem Plane gegenüber nicht  
von vornherein und grundsätzlich ablehnend, wie auch  
bei den anderen Bundesstaaten theoretisch die Mög-  
lichkeit einer Abtretung dieser Art nicht rumpen-  
verneint wurde. Als Grenze, von der ab das Reich  
zuerufen wollte, war die Summe von 100 000 M  
Einkommen abacht.

## Am Laufe der Konferenz aber stellte sich heraus,

daß eine weit tiefere Einkommensteuer — man sprach  
sogar von 30 000 M — im Notfall vom Reich mit  
Beschlag belegt werden könnte und müßte. Es ver-  
steht sich von selbst, daß sich die Bundesstaaten gegen  
eine solche Vorentscheidung nach unten erklärten.  
Etrags- und Kapitalrentensteuer werden  
zunächst aus dem kommenden Steuerbudget  
hervorzuheben. Da dies unabwendbar ist, so können  
sich die Bundesstaaten die Einkommensteuer  
nicht nehmen und nicht beschränken lassen. Das  
Reichsamt sucht nun auf dem Gebiete der in-  
direkten Steuern sogenannte Sparmaßnah-  
men ausfindig zu machen. Unter die Etrags-  
steuern wird man die Kuponsteuer, die Steuer auf  
Hypothekenzinsen und dergleichen zählen dürfen.

## Jugpust zwischen Weimar und Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Berlin, 31. Jan. Zwischen Weimar und  
Berlin wird eine Klavovst zur Beförderung  
von Briefen eingerichtet werden.

## Die Friedensfrage.

Die Pariser Konferenzen.  
Paris, 31. Jan. (Aml.) Der Gedankenaustrausch über  
den Stillen Ozean und Afrika ging weiter. Ein zu-  
friedenstellendes vorläufiges Abkommen ist hinsicht-  
lich der deutschen Kolonien und der besetz-  
ten Gebiete in der atlantischen Küste getroffen  
worden. Die belagerte Abordnung setzte den bel-  
stigten Standpunkt hinsichtlich des Konnos aus-  
einander.  
Bern, 31. Jan. Die Pariser Presse läuft Sturm  
gegen den Willensplan, die deutschen Ko-  
lonien in der Hand des Völkerbundes zu inter-  
nationalisieren. Dazu kommt noch, daß  
wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ zu be-  
richten weiß, in einem geheimen Vertrag  
zwischen England und Syon letzteren die An-  
fordern im Norden des Stillen Ozeans ausgedehnt  
sind. Wilson könne dies nicht anerkennen, da die An-  
erkennung dieser Inseln durch Japan den Westen  
Amerikas hart verschärfen würde.

## Das englische Volk für raschen Friedensschluß.

(Eigener Drahtbericht.)  
b. Zürich, 31. Jan. Nach einer Meldung des  
Londoner Korrespondenten der „Neuen Zürcher  
Zeitung“ fordert die öffentliche Meinung  
Englands eine rasche Unterzeichnung  
des Friedens, damit die Friedenskonferenz der  
letzte Akt des Kriegsdramas und nicht der erste Akt  
einer neuen Tragödie werde. Allgemein  
herrsche die Ansicht, daß ein halbes Dutzend ener-  
gischer Männer genügen würde, um die bestehenden  
Differenzen in kurzer Zeit zu beseitigen.  
Das englische Volk wünscht vor allem möglichst rasche  
Rückkehr normaler Zustände, damit Handel und In-  
dustrie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können.

## Wilson's Völkerbundsprogramm.

(Eigener Drahtbericht.)  
M. Gaaa, 31. Jan. Heute wird Wilson's Völ-  
kerbundsprogramm in allen Einzelheiten bekannt-  
gegeben werden; es soll von einem Delegations-  
mitglied, vermutlich Oberst Soule, vorgetragen  
werden.  
b. Gaaa, 31. Jan. (Eig. Drahtber.) Nach Pa-  
riser Meldungen wird der definitive Plan  
des Völkerbundes wahrscheinlich noch formu-  
liert, bevor Wilson abreist. Man sieht die so-  
fortige Bildung des Völkerbundes als die einzige  
Möglichkeit an, daß die amerikanischen Brüdern  
für die Wiederherstellung der Welt vernünftig werden.

## Neutrale Meinung über den Völkerbund.

Gaaa, 31. Jan. (Eig. Drahtber.) Der „Neutrale  
Gourant“ schreibt: Die Annerkennung der  
Friedenskonferenz hinsichtlich der deut-  
schen Kolonien widersprechen den Bil-  
son'schen Grundgedanken durchaus. Man kann  
annehmen, daß Wilson infolge des allgemeinen  
Widerstandes der Alliierten ein Kompromiß vor-  
geschlagen hat. Schon hierdurch wird der Völ-  
kerbund zu einem Bund der feindseligen Na-  
tionen geformt, um bei der Erneuerung der Sineskrüchte  
keinen Streit entstehen zu lassen. Die Sieger  
kann aber nicht nur unter sich eine Friedensberei-  
tungs fästchen, die längst vollzogen sein soll, wenn  
man Deutschland die Forderungen vorzuzen wird.  
Wir hatten erlaubt, daß bei einer Internationali-  
sierung der afrikanischen Gebiete Deutschland nicht  
allein das Opfer sein soll und jedenfalls nicht aller  
seiner Kolonien beraubt werden würde, aber Eng-  
land hat in diesem Punkte geieit. Wenn Deutsch-  
land sich weigerte, einen von Wilson'schen Programm  
abweichenden Frieden zu schließen und eine lange  
andauernde Belagerung vorzuzen, so könnte diese  
Einschränkung des Friedens und der Demobilisi-  
sierung einen sehr deutlichen Stimmungswechsel  
in den Ententeländern bewirken.

## Eine Völkerbundskonferenz.

(Eigener Drahtbericht.)  
Genf, 31. Jan. (Schweiz. Dep.-Ag.) Die ver-  
schiedenen Friedens- und Völkerbundver-  
eine Dänemarks, Hollands, Norwegens, Schwedens  
und der Schweiz beabsichtigen, für Mitte Fe-  
bruar eine internationale Völkerbund-  
konferenz nach Genf einzuberufen. An die gegen-  
wärtig in Paris tagenden Völkerbundsvereine  
Frankreichs, Amerikas, Englands und Italiens hat  
das genannte schweizerische Organisationskomitee  
ein Telegramm geschickt, in dem auf die Notwendig-  
keit hingewiesen wird, die neutralen Vereine  
für Frieden und Völkerbund in die Lage zu ver-  
setzen, auch ihre Ansichten und Vorschläge über den  
Völkerbund zur Kenntnis bringen zu können, damit  
der Eindruck vermieden werde, daß der Völkerbund  
einseitig aufgelegt würde.

## Deutschlands Lebensmittelmot.

Berlin, 31. Jan. Zur Klärung der weiteren  
Verhandlungen über die Lieferung von Le-  
bensmitteln an Deutschland ist eine Kom-  
mission abildet worden, in der neben Vertretern  
beteiligter Reichsbehörden Finanz- und Kaufleute,  
Sachverständige aus zwei Vertreter der ärztlichen  
Wissenschaft teilnehmen sollen. Die deutsche Wefen-  
stillungskommission in Spaa hat den Entente-  
vertreter abgeben, bei Aufnahmefähigkeit der Gegen-  
kommission ebenfalls eine Vertretung von Gelehr-  
ten und Aerzten zu erreichen.

## Die Bolschewisten und die Entente.

Paris, 31. Jan. „Echo de Paris“ meldet aus  
Stockholm, daß Trotski in einem Telegramm an  
die Truppen erklärt habe, daß das Anerbieten der  
Alliierten, auf den Brinnen-Inseln an einer Kon-  
ferenz zusammenzukommen, ein Zeichen der  
Schwäche sei. Er forderte die Truppen auf, ihre  
Anstrengungen zur Niederwerfung der Weltbourgeo-  
sie zu verdoppeln.

## Die Bolschewistenkämpfe in Nordrußland.

(Eigener Drahtbericht.)  
Amsterdam, 31. Jan. Das neuterische Bureau  
bringt einen ausführlichen Bericht über die Kämpfe in  
Nordrußland. Danach haben die Bolschewisten am 19.  
Januar die Stellungen der Alliierten südlich von  
Sankt Petersburg, 15 englische Meilen (24 Km.) süd-  
lich von Schenkursk oder 180 englische Meilen (360  
Kilometer) südlich von Angersk beibehalten und die  
Truppen auf diese Hauptstellung zurückgeworfen, zu-  
gleich auch die Stellungen am Gornisluh, 17 englische  
Meilen (29 Km.) südlich von Schenkursk angegriffen  
und die dort stehenden Russen 7 Km. südwärts  
zurückgedrängt. Die Gefechte und das Geschütze  
dauerten vom 20. bis in die Nacht vom 24. Januar und  
die englischen Truppen gingen auf eine Schen-  
kursk stehende Stellung zurück.  
Vor einer umfänglichen Bewegung des Feindes wurde  
die Stadt jedoch am 25. Januar geräumt und 500  
Einwohner nebst Kranke und Verwundete in eine gün-  
stige Stellung weiter nördlich mitgenommen. Am 25.  
Januar griff der Feind die Stellungen bei Tarnog-  
lewo, 30 englische Meilen (48 Km.) nördlich von  
Klejewsk an der Bahn Arkhangelsk—Wologda ver-  
geblich an. Die gut vorbereiteten Operationen und die  
Ablenkung der Aufmerksamkeit von den Angriffsstellen  
durch Artilleriefeuer an anderen Punkten gegen Fort-  
schritte in Verbindung mit dem bolschewistischen Heere.  
Auf Seiten der Alliierten forderte meist amerika-  
nische und russische Truppen, deren Verluste wes-  
entlich geringer sein sollen, als die der Bolschewisten.

## Die Berner Konferenz.

Berlin, 31. Jan. Wie der „Vorwärts“ hört, be-  
finden sich einige russische Sozialisten  
menschwürdiger Richtung auf dem Wege  
durch Deutschland nach der Schweiz, um an der  
sozialistischen Konferenz teilzunehmen. Sie hatten  
sich unter Überwindung großer Schwierigkeiten  
aus Rußland fortgeschoben, denn daß ihnen die  
bolschewistische Regierung einen Rück ausgeteilt  
hätte, sei natürlich unbedenkbar gewesen.  
Bern, 31. Jan. (Eig. Drahtbericht.) (Schweiz. Dep.-  
Agentur.) Der Sitzung, die bei sehr zahlreichen an-  
wesenden Delegierten der internationalen soziali-  
stischen Konferenz heute vormittag unter dem  
Vorherrschaft abgehalten wurde, mochte auch  
der böhmerische Ministerpräsident Kurt Eisner bei.  
Die Erörterung drehte sich hauptsächlich um die pro-  
grammatische Erklärung, die zur Arbeiterrich-  
tungsfrage angenommen werden soll. Es wurde beschlos-  
sen, ein Redaktionskomitee zu ernennen und Vertreter  
der verschiedenen Staaten, die der Konferenz einen  
Text vorlegen sollen, der sich nur auf den in Leeds  
und Bern festgesetzten von der Gewerkschaftskonferenz  
angenommenen Texten stützen solle, aber auch die Teilnehmer  
in den verschiedenen Ländern einzutreten erziele;  
zu berücksichtigen haben werde. Am Schluß der Sit-  
zung teilte Gysmans mit, daß die erste Ple-  
narsitzung der Konferenz am Montag morgen im  
großen Saale des Berner Volkshauses stattfinden solle.

## Streit- und Lohnbewegungen.

### Der schäpische Bergarbeiterstreit.

(Drahtmeld. unfer. Dresdener Korrespond.)  
C. Dresden, 31. Jan. Die Bergleute des Dreibler  
Kohlenreviers sind in den Streit einetreten wegen  
der Verbeinerung einer einmaligen Feuerungs-  
zulage. Andere schäpische Kohlenreviere werden von  
Sparkassenanstalten durchwühlt.

### Der Streit in Obereschlesien.

(Eigener Drahtbericht.)  
Butthen, 31. März. Die Streiffage in  
Obereschlesien hat in den letzten Tagen eine  
erhebliche Besserung erfahren. Während vorerhin  
auf der Ferdinandgrube noch 60 und gestern 16 Pro-  
zent ausständig waren, ist heute der Streik auf der  
genannten und auf der Heimgruben erloschen. Auf  
den Fürstl. Wilschens Gruben sind noch etwa 50 Pro-  
zent ausständig, ebenso bei weiteren 11 Gruben.  
Bei 13 Gruben ist der Ausstand noch vollständig.

### Die englischen Streiks.

Notterdam, 30. Jan. Die Lage in Belfast hat  
sich sehr verschlechtert. Das ganze Leben der  
Stadt ist lahmgelegt. Es ist um Gewalttätig-  
keiten gekommen. Zahlreiche Häfen wurden ge-  
plündert.

### London, 31. Jan. (Eig. Drahtber.)

Wie die  
„Daily News“ erzählt, teilte Bonar Law in Glas-  
gown nach der Kabinettsitzung an die Stadt Glas-  
gown anständigen Antwort mit, die Regierung sei der  
Ansicht, daß für die Streiks bestimmte Leute  
verantwortlich sind, die nicht mit den Ge-  
werkschaften in Verbindung ständen, sondern auf  
eine soziale Revolution hinarbeiteten. Die Regie-  
rung habe alle Schritte für die Aufrechterhaltung  
der Ordnung und den Schutz der Personen er-  
griffen.



















